

# Der gerade Weg

heute neue Folge „Denken und Leben“

Siehe Seite 8

Deutsche Zeitung für Wahrheit und Recht.

HERAUSGEBER: DR. FRITZ GERLICH

NATURRECHTSVERLAG G. M. B. H.  
Schriftleitung und Verlag: München, Hofstaß 5, II. Stock  
Postcheckkonto München Nr. 2426 / Telephon 93378/93379

**Donnerstag**

Einzelverkauf: 20 RT., 30 Oesterr. Gr., 30 Schw. Rappen  
Bezugspreis monatl. 90 Pf. einschl. Zustellgeb. durch Agentur,  
durch die Post 96 Pf. Kostenl. Unfall- u. Sterbegeldversicherung

Nummer 42

München, den 16. Oktober 1932

4. Jahrgang

## Papens Heiliges Reich

### Was ist mit den Gewerkschaften? / Bismarcks Tradition

Motto: „Vertrauen schafft Arbeit und Brot“

Reichskanzler von Papen hat in seiner Münchener Rede vor dem Industriellenverband indirekt eingestanden, daß die jetzige Reichsregierung von Anfang an einem sehr geringen Vertrauen im deutschen Volke begegnet sei. Er gab dem Gedanken Ausdruck, daß „der Erfolg der Regierung ihr das heute schon fühlbare Vertrauen der breiten Massen des Volkes vollends gewinnen wird.“

Ob der jetzigen Reichsregierung der „Erfolg“ beschieden sein wird, wissen wir nicht. Wohl aber glauben wir zu wissen, warum das Vertrauen der „breiten Massen“ ihr gegenüber so gering ist. Und zwar trägt daran die Reichsregierung selbst die Hauptschuld. Ganz abgesehen von der Art der Vorgänge vor und bei ihrer Einsetzung, hat sie bisher zumeist Unklarheiten verkündet. Und auch

dabei hat sie des öfteren recht unglückliche Formen des Ausdruckes gewählt. Wenn z. B. auf die Erörterung, ob an eine Milderung der sozialen Härten der wirtschaftlichen Notverordnungen gedacht werde, die regierungsoffizielle Antwort „das kommt gar nicht in Frage“ lautete, so könnte man sich denken, daß eine psychologisch klügere Berücksichtigung der öffentlichen Stimmung die Antwort etwa so formuliert hätte: „Die Reichsregierung ist sich der schweren Folgen der Sozialbestimmungen ihrer Notverordnungen wohl bewußt; sie bedauert außerordentlich, daß ihr die schwere finanzielle Lage des Reiches zur Zeit noch eine Milderung derselben verbietet.“ In München suchte Papen diese Angelegenheit wieder gutzumachen, indem er gewisse Hoffnungen der Regierung mitteilte.

bei Papens Ausführungen über die Parteien und die Weimarer Verfassung. Hier bewegt er sich stark auf dem Niveau des Politifestertums. Ein Staatsmann müßte wissen, daß die Parteien nichts weiter sind, als die Vereinigung von Menschen gleicher Auffassung über den Sinn und Zweck des Lebens und die ihr entsprechende Ordnung und Regierung in Deutschland. Viele sind genau so unparteiisch und genau so das Volksganze berücksichtigend wie die Auffassung der jetzigen Reichsregierung. Sie sind es andererseits genau so wenig wie diese, die auch nur die Auffassung von Menschen über Sinn und Zweck des Lebens und die ihrer Auffassung entsprechende Ordnung in Deutschland vertritt. Dadurch, daß irgend jemand den Posten eines Reichsministers übertragen erhält, verliert seine Ansicht noch in gar keiner Weise den Charakter des parteimäßigen oder des persönlichen. Was mit der Ernennung hinzutritt, ist nur die Macht, anderen diese persönliche oder Parteiansicht als Meinung des autoritären Staates aufzuzwingen oder mit den von Papen selbst betonten staatlichen Mitteln ihre Achtung zu erzwingen. Das aber ist ein äußerlich hinzukommendes Moment, das an dem Charakter dieser Ansichten so lange nichts ändert, als nicht — von unserer Weltanschauung aus gesprochen — der einwandfreie Beweis steht, daß diese Lehren mit den Offenbarungen Gottes und der daraus gefolgerten christlichen Staats- und Soziallehre restlos übereinstimmen. Diese Übereinstimmung der Ansichten der jetzigen Regierung mit der bezeichneten christlichen Staats- und Soziallehre wird aber bestritten, wie erst kürzlich die Ausführungen des Prälaten Leicht ergaben, der einzelne Regierungsmaßnahmen geradezu als nichtchristlich bezeichnete. Und die obigen Ausführungen über das Fehlen der Beziehung der Gewerkschaften gerade von Seiten einer unparteiischen Regierung vor einer Arbeitgeberversammlung stimmen wiederum nicht ganz mit der christlichen Staats- und Soziallehre überein.



Ministerpräsident Dr. Held empfängt Reichskanzler von Papen in München

war, der wurde kandidiert, auch wenn vom Standpunkt der Weltanschauung oder von dem des Berufsstandes aus, den er angeblich vertrat, er mehr wie unpassend war. Wir werden bei Gelegenheit einmal Ergebnisse erzählen, wie man Abgeordneter wurde und wie man als Abgeordneter erhalten wurde und wie man als Abgeordneter zu den Referaten paßte, die man dann im Reichs- oder Landtag zu vertreten hat.

#### Was wir in der Münchener Rede vermißten

In dieser Münchener Rede mußte sich Papen mit einer weiteren Korrektur eines unglücklichen Ausdruckes in der Reichsregierungsrede, nämlich des vom „Wohlfahrtsstaat“, beschäftigen und ihn durch den des „Vorsorgungsstaates“ ersetzen. Papen hat dabei in warmen Worten sein soziales Bekenntnis abgelegt und wird wohl etwas erstaunt sein, daß auch dieses nicht zu Vertrauen in die Regierung führen wird. Er hat nämlich dabei die Befandlung des Problems der Gewerkschaften unterlassen. Für das Urteil der Arbeitnehmer über die Frage nach der Haltung der Reichsregierung gegenüber den sozialen Fragen ist aber ihre Stellung zu den Gewerkschaften von ausschlaggebender Bedeutung; und zwar mit Recht. Gerade vom christlichen Standpunkte aus, auf den sich Papen in seiner Rede wiederholt bezog, hat er die Gewerkschaften als solche prinzipiell zu bejahen und sich zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit ihnen bereitzuerklären. Papen ist Katholik und war viele Jahre Abgeordneter des Zentrum. Er sollte daher unseres Erachtens etwas stärker berücksichtigen, daß Papst Pius XI. in seiner sozialen Enzyklika „Quadragesimo anno“ über die Arbeiterverbände das folgende erklärt hat: „Versöhnungsvolle Anzeichen einer Erneuerung der Gesellschaft sind die Arbeiterverbände.“

Zu Unserer großen Freude erblicken wir in Ihren Reihen auch die festgefühten Sturmtropps der werttätigen Jugend, die dem Ruf der göttlichen Gnade willig Folge leistet und mit bewundernswertem Eifer ihre Berufs- und Altersgenossen für Christus zu gewinnen strebt. Keine geringere Anerkennung verdienen die Arbeiterführer, die uneigennützig nur auf das Wohl ihrer Berufs-genossen bedacht in geschickter Weise deren berechnete Ansprüche mit dem Wohlgehen des ganzen Berufsstandes in Einklang zu setzen verstehen und beide zugleich zu fördern beflissen sind, wobei sie weder durch sachliche Schwierigkeiten noch durch persönliche Verdächtigungen sich von ihrer ungenügenden bedeutsamen Aufgabe abbringen lassen.“

Gegenüber dieser eindeutigen, grundsätzlichen Beziehung der Arbeiter-Gewerkschaftsseite seitens des Papstes hat sich Papen in seiner Münchener Rede zu der Ansicht bekannt, daß „die Gesetzgebung des letzten Jahrzehnts in einem viel zu hohen Maße den Arbeitgeber aller Grade von der sittlichen Pflicht entlastet hat, zu allererst und sei es auch unter großen persönlichen Opfern, für den Arbeitnehmer zu sorgen...“ In die Stelle des marxistischen Begriffs der staatlich reglementierten Fürsorge für jeden Bürger setzen wir den einen wahren Volksgemeinschaft.“

Ebenso wenig natürlich die Belobigung der Verdienste einer doch tatsächlich mit gemeinen Morden — siehe Potempa — belasteten Hitlerbewegung und die Gleichstellung ihrer Toten mit den Toten des Weltkrieges. Der Herr Reichskanzler darf nicht vergessen, daß kaum ein nationalsozialistisches Blutopfer mit nationalen Interessen, also solchen, für die die Toten des Weltkrieges gefallen sind, dem inneren Wesen nach nichts zu tun hatte. Von einem leitenden Staatsmann des Deutschen Reiches sollte man außerdem auch eine tiefergehende Kritik der Weimarer Verfassung im Zusammenhang mit dem Parteiwesen erwarten. Gewiß ist die Weimarer Verfassung reformbedürftig. Die Erfahrungen mit ihr und mit den Parteien aber beweisen sehr viel weniger gegen die Demokratie, als Papen meint. Denn wir haben auch in diesen dreizehn Jahren der Republik überhaupt noch keine Demokratie gehabt. Das, was uns beherrschte, waren nicht die Parteien, sondern das Parteibonzenium, wie man populär sagt, nämlich die Führungen und Abgeordnetenverbände, die einen eigenen Berufsstand gebildet haben, der sich durch „Zuzucht“ fortpflanzt und ergänzt.

Der ganze Wahlbetrieb bei uns — angefangen von der Kandidierung der Abgeordneten — war Angelegenheit einer kleinen Gruppe von Berufspolitikern und zwar bei allen Parteien. Wer diesem Berufsstand des Politikers in Deutschland nicht genehm war, wurde niemals Vertreter des Volkes, auch wenn noch so viele Parteigenossen seine Wahl wünschten. Wer ihm aber genehm

#### Die Kluft zwischen Volk und Parteiführertum

Die Kluft, die in Deutschland zwischen dem Volke und seinem Staate vorhanden ist, besteht nämlich viel weniger zwischen Volk und Regierung, als zwischen Volk, bzw. Parteianhängerschaft und dem Parteiführertum bzw. Abgeordnetenverbänden. Die Beziehungen des Berufsstandes der politischen Führer in Deutschland zum Volke — ja sogar zu ihren Wählern — sind nämlich der Regel nach auf die Wahlzeiten beschränkt, in denen sie den Wählern etwas versprechen und sich auf Grundsätze berufen, die sie oft schon am Tag nach der Wahl nicht mehr wissen. Der Zusammenbruch unserer Demokratie ist nichts weiter als der Zusammenbruch dieses bei uns herausentwickelten Berufsstandes der Politiker, unter denen die allermeisten, auch die allermeisten Abgeordneten keinen Schimmer von all dem haben, worüber sie im Reichstag oder Landtag zu entscheiden haben. Da aber dieser Berufsstand — dieser Stand der Berufspolitiker in Deutschland — gleichzeitig fast überall die Presse in Händen hat, beherrscht er fast unumschränkt die öffentliche Meinung und hat jenen Zustand herbeigeführt, daß im Lande der extremen Demokratie der Weimarer Verfassung die Meinung der Bevölkerung so gut wie gar nicht mehr zu Worte kommen kann.

Hier liegt einer der wichtigsten Mißstände unseres öffentlichen Lebens vor. Und wenn ein Staatsmann dafür sorgen will, daß zwischen dem Volkswillen und den Regierenden wieder ein näheres Wechselverhältnis kommt, muß er vor allem einmal dafür sorgen, daß dieser Hohn auf alle Demokratie, nämlich die Herausbildung eines Berufsstandes der Politiker, wenn nicht beseitigt, so doch weitgehend eingedämmt wird. Dabei ist es äußerst bezeichnend für die „Querverbindungen“ im deutschen politischen Leben, daß heute auch jede neue Bewegung automatisch diesen diktatorisch herrschenden Berufsstand der Politiker heranbil-

#### Die sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer

Wir sind die Letzten, die nicht der Verwirklichung der wahren christlichen Volksgemeinschaft aufs freudigste zustimmen würden. Gerade die katholische Staats- und Soziallehre aber beweist, daß die Schaffung klarer Rechtsverhältnisse und die Anerkennung des Rechtes des Arbeitnehmers einschließlich der Handarbeiterchaft in gar keiner Weise im Widerspruch mit der Idee der christlichen Volksgemeinschaft oder der freiwilligen Fürsorge des Arbeitgebers für seine Arbeitnehmer steht. Ganz im Gegenteil. Die christliche Staats- und Soziallehre wird von Grund auf mißverstanden, wenn man Aufgaben der Rechtsordnung in Formen patriarchalischer Fürsorge umzuwandeln versucht. Zur Freiheit des Christen gehört unbedingt die Achtung des Rechtes jedes Menschen. Je klarer dieses festliegt, um so schöner — weil eine freiwillige Zusageleistung — ist die Caritas und damit die Fürsorge des wirtschaftlich Stärkeren für den wirtschaftlich Schwächeren. Die Betonung nur dieser Fürsorgepflicht — mag sie auch mit noch so starken Worten geschehen — unter gleichzeitigem Verschweigen der sozialen Rechte und insbesondere unter Verschweigung einer bescheidenen Einstellung zur Gewerkschaftsfrage muß fast naturnotwendig angesichts der vergangenen Jahrzehnte deutscher Sozialgeschichte die Befürchtung erwecken, daß sie mit einer Beschneidung der sozialen Grundrechte des Arbeitnehmers einhergehen soll.

Wir wollen nun nicht behaupten, daß das das Ziel der Regierung Papen ist, obwohl einige frühere auch recht unglückliche Bemerkungen eine solche Befürchtung nicht ganz grundlos gemacht haben. Jedenfalls aber wäre es gerade für die „unparteiische“ und „autoritäre“ Regierungsform, als deren neuer Verkünder sich Papen wiederum mit ausgesprochenen Worten vorstellte,

eine außerordentlich gute Gelegenheit gewesen, gerade vor einer Versammlung des Arbeitgebertums die Gewerkschaftsorganisationen prinzipiell zu bejahen. Daß das nicht geschah, wird neues Mißtrauen trotz bester Absichten Papens zur Folge haben.

#### Die zweite Unklarheit

Wir haben hier den ersten Fall der Unklarheit in seiner Rede gekennzeichnet. Der zweite Fall liegt in der widerspruchsvollen Art seiner Behandlung der Hitlerbewegung vor. Wenn er den Führer, seine Reichstagsabgeordneten und auch das praktische Verhalten der Anhängerchaft in der Streitfrage richtig kennzeichnet, so wie er es tat, so ist es unverständlich, wie er dann die Bewegung selbst als so verdienstvoll hinstellen konnte. Die Bewegung ist die der Hemmungslosigkeit auf allen politischen Gebieten, und zwar nicht nur die des Führers, sondern ebenso der Unterführer und des größten Teils der Gefolgschaft. So ergibt sich die Seltsamkeit, daß Papen die Verdienste einer Bewegung anerkennt, von der der „Das-Stellvertreter“ Röhm selbst sagt, mindestens 30% ihrer SA. beständen aus ehemaligen Rotfrontkämpfern. Damit, daß Papen in seinen Worten die Bewegung von ihrer Führung trennt und der ersten Verdienste und Fähigkeiten zuschreibt, ist an der Wirklichkeit noch nicht das geringste geändert. Wenn aber eine Regierung wirklich unparteiisch sein will, muß sie zuerst und vor allem einmal die Tatsachen anerkennen. Abfällige Bemerkungen gegenüber sozialistischen Bewegungen gleichzeitig mit sachlich unberechtigter Verherrlichung der Hitleranhängerchaft können uns nicht das Gefühl abnötigen, daß diese Regierung wirklich unparteiisch, wie sie behauptet, den einzelnen Teilen des deutschen Volkes gegenübersteht.

Das gleiche Gefühl des Unbehagens ergibt sich

**114** Rund  
Millionen  
RM kommen in der neuen  
Pr.-Südd. Klassenlotterie  
zur Auspielung. — ZIEHUNG  
der 1. Klasse am 21. u. 22. Oktober  
Lospreis 1/2 1/4 1/8 1/16 Los  
pro Kl. 5.- 10.- 20.- 40.- RM  
Lotterienplan kostenlos. Originallose  
versendet Staatl. Lotterie-Einnahme  
**MÜLLER**  
München, Neuhauserstr. 53  
Postcheckkonto 7727